

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktion: Nachrichten Dresden
Verleger: Carl Neubauer
Redaktion: Dresden, Poststr. 11
Telefon: 1111

Verlagsstelle bei Nacht postamtliche Zustellung von 10 bis 12 Uhr (Schlußzeit 12 Uhr).
Erhalten bei Nacht von 10 bis 12 Uhr, abends 12 bis 1 Uhr, morgens 1 bis 2 Uhr.
Preis: 10 Pf. (Postgebühren 1 Pf.)

Druck: Verlag Neff & Richter
Dresden, Poststr. 11
Telefon: 1111

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Starke Worte Severings

Gewalt als letztes Mittel der Sozialisten

Berlin, 24. Nov. In einer vom Deutschen Republikanischen Studentenbund, der Freien Nationalen Schülerkassen und dem Deutschen Republikanischen Pfadfinderbund veranstalteten, stark besuchten Jugendkundgebung im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses sprach heute abend der preussische Innenminister Severing. Er führte unter anderem aus, wer die Macht in der Republik haben wolle, der müsse auch die Mittel der Gewalt in Anspruch nehmen. Es sei gelungen, die Polizei zur Stützung der Republik heranzuziehen, es müsse aber auch das Heer erobert werden. Minister Severing erklärte sich entschieden gegen eine Politik der Schlägerei und Parolen. Nicht in Worten, sondern in Taten, im Kampfe um die Republik müsse sich die republikanische Jugend in der nächsten Zeit bewähren. Komme der Faschismus durch den Unverstand der Massen, dann hätten die Republikaner dafür zu sorgen, daß dieser „wilde Traum, die Rebellion der Götter“ bald einer besseren Zukunft weiche. Bei den nationalsozialistischen Wählern in Hessen habe es sich nur um verärgerte Bauern und verärgerte Beamte gehandelt, also nicht um Kämpfer, die für den Faschismus im entscheidenden Augenblick auf die Barrikaden steigen würden. Es sei dafür gesorgt, daß die Bäume der Faschisten nicht in den Himmel wachsen würden; auf jeden Fall werde die preussische Polizei auf dem Posten sein. Wenn auch gegenwärtig die Republik

bedroht sei, die Republikaner würden festhalten. An ihrem Felsen würde der faschistische Sturm zerbrechen.

Derartige Worte, die doch eine ganz unverhüllte Anforderung an Gewalttaten enthalten, sind unerhört aus dem Munde eines aktiven Ministers. Sie sind ein berechtigtes Zeichen für die zunehmende Radikalisierung der SPD, und liegen in der Richtung der Verheerung einer marxistischen Einheitsfront mit den Kommunisten. Der Reichswehr, die überparteilich ist und bleiben wird, erwirkt Severing einen schlechten Dienst, wenn er sie in einem Zusammenhang wie dem seiner Rede erwähnt. — Wie wurden doch früher die Führer der SPD, das Loblied der Massen zu singen! Jetzt, wo diese der nationalen Bewegung ausströmen, sind sie plötzlich voller Unverständnis? — Die Drohungen mit Gewalt werden die Sozialisten in Preußen nicht davor retten, nach der kommenden Landtagswahl ihre Nest zu räumen zu müssen; eine neue Weltanschauung ist schicksalhaft im Aufstieg begriffen, und daß man einer solchen nicht Herr werden kann mit politischen Machtmitteln, sollte ein Severing eigentlich aus der Geschichte der sozialistischen Bewegung gelernt haben.

Das Reichsbanner lehnt SA-Mitglieder ab

Berlin, 24. November. Der Vorstand des Reichsbanners hat in Magdeburg eine Sitzung abgehalten, in der nach Verlesung der Tagesordnung die SA-Mitglieder im republikanischen Kreis, Parteien, Gewerkschaften usw. zu einem gemeinsamen und nach einheitlichem Plane geführten Kampfe gegen die Nationalsozialisten zusammenzufassen. Außerdem wurde beschlossen, daß die Mitgliedschaft der Sozialistischen Arbeiterpartei mit der Mitgliedschaft im Reichsbanner unvereinbar sein soll.

Frankreichs Kampf gegen die Isolierung

Von unserem Pariser Korrespondenten

Unmut und ein Gefühl der Hilflosigkeit mischen sich in Paris allmählich zu der politischen Fieberspannung, an der innere und äußere Probleme in gleicher Weise die Schuld tragen. Drohend und schicksalsschwer steht das Jahr 1932 vor der Tür. In Frankreich selbst gilt es, die fälligen Parlamentswahlen vorzubereiten. Schon macht sich eine gesteigerte Aktivität der verschiedenen Parteien bemerkbar, und auch die Kammerdebatten tragen den Keim der bevorstehenden Kämpfe in sich. Dazu kommen die als Kampfmittel so wichtigen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, das Budget, das nationale Arbeitsprogramm, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, lauter Probleme, deren Lösung an sich dem reichen Frankreich keine Schwierigkeiten bereiten kann. Dazu hat die Weltpolitik wieder einmal Paris als diplomatisches Zentrum erkoren, und man könnte wirklich meinen, daß in Paris die Welt regiert wird, wenn nicht manche Anzeichen darauf hinwiesen, daß die Welt mehr und mehr Paris regiert.

Schlechte Laune und Ungewißheit machen sich breit in der Kammer, im Senat und in den Regierungsausschüssen. Die scheinbare Erfolglosigkeit der diplomatischen Bemühungen, die Arbeitslosigkeit der Laval-Reisen, haben die Unzufriedenheit gesteigert und allgemeine Unsicherheit, „tiefes Nachdenken“, wie Perrot sich pessimistisch ausdrückt, umgibt den französischen Horizont. Die bis zum Ueberdruß mit Berlin geführten Verhandlungen in der Tributfrage wären an sich kein Grund zur schlechten Laune, wenn nicht in ihrem Schatten mit fleischendem Gebiß die abgemagerten englisch-amerikanischen Gläubiger drohen würden. Trotz der Botenreisen zwischen Berlin und Paris ist Laval in Wirklichkeit keinen Finger breit von seiner ursprünglichen Stellung abgewichen, und das Manöver mit verschiedenenartigen Sensationen auf beiden Fronten spielt sich vorläufig ganz im Sinne Frankreichs ab. Das an die Kaisertributbank gerichtete Memorandum, in dem die deutsche Regierung um die Einberufung des im Youngplan vorgesehenen beratenden Ausschusses nachsucht, enthält zwar die Forderung, daß dieses Komitee die Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit „nach allen Seiten hin“ zu prüfen habe, besonders im Hinblick auf die Regelung der kurzfristigen Darlehen, aber Perlinax bemerkt dazu ausdrücklich und auf höhere Inspiration hin im „Echo de Paris“: „Es scheint, daß Laval sich auf den Standpunkt gestellt hat, diesem Brief zwar nicht seine Zustimmung zu geben, aber ihn doch passieren zu lassen.“ Denn eines ist sicher: „Keine französische Regierung könnte sich 48 Stunden lang gegenüber dem Parlament und der öffentlichen Meinung halten, wenn sie der Anerkennung einer Priorität oder eines Privilegs der deutschen Handelsbank gegenüber der geächteten Schuld für die Kriegsschäden zustimmen würde“ („Figaro“); ebenso wenig wird ein französisches Parlament — zumal in seiner letzten Zusammensetzung — eine Verquickung dieser beiden Schulden zugeben.

Doch das große „Wenn“: Alles wäre schön und gut, wenn man es nur mit Bräutigam-Deutschland allein zu tun hätte. Man hat, schließlich genug, in dem unerwarteten Widerstand, der in den Verhandlungen um die Tributfrage bisher zu überwinden war, die ersten Einwirkungen des erwachenden nationalen Deutschland gespürt. Andererseits wird es immer deutlicher, daß sich Frankreich mit seiner unnaheligen Starrköpfigkeit mehr und mehr die Sympathien der anderen Staaten — wenn solche überhaupt vorhanden waren — verliert und so in Vildes Isoliert dastehen wird. Und das trotz allen Goldes! — England entzieht sich immer mehr dem französischen Einfluß. Diese Abneigung zeigte sich deutlich in der unerwartet schnellen Rückzahlung eines Teiles des von Frankreich gewährten Stützungsloans für das Pfund, dann in den Erklärungen Macdonalds zur Baldwin, die ausdrücklich die Priorität der privaten Verpflichtungen Deutschlands vor den Reparationen fordern. Diesen Standpunkt scheint auch der in Paris gewesene englische Außenminister Simon zum Ausdruck gebracht zu haben. Die drohenden englischen Protektionsmaßnahmen, die einen Boykott der französischen Luxusartikel gleichkommen, sind schließlich das Tüpfelchen auf „i“ des französischen Mißmut. Man ergreift zwar Gegenmaßnahmen, und die Ankündigung eines neuen 25.000-Tonnen-Schlachtskreuzers — der ausgerechnet im Zeichen des Wüstungsfeierjahres gebaut werden soll — ist der Versuch, wieder ein Druckmittel gegen England auszuspielen. Aber solange das britische Imperium, wichtiger die britische Insel, nämlich von dem Kampf um seine wirtschaftliche Existenz in Anspruch genommen ist, ist solchen Mitteln kein Erfolg beschieden. — Von Amerika, das in der Tributfrage begreiflicherweise den englischen Standpunkt zu

Große Notverordnung Anfang Dezember

Die Arbeit am Wirtschaftsprogramm

Berlin, 24. Nov. Das Reichskabinett hat am Dienstag die in den Leitlinien des Wirtschaftsbeirats niedergelegten Aufgaben sachlich aufgestellt. Die Ministerien werden in den nächsten Tagen die entsprechenden Entwürfe ausarbeiten, und es ist damit zu rechnen, daß von nun ab täglich das Kabinett die Einzelentwürfe durchberaten wird.

Man hofft, das gesamte Programm noch bis zum Ende kommenden Woche, jedenfalls aber noch vor Beginn der Verhandlungen des Völkerverständnisses in Paris fertig gestellt und in Kraft gesetzt zu haben.

Es scheint sich im übrigen zu bestätigen, daß unter den beschleunigt zu behandelnden Maßnahmen unter anderem an eine Erhöhung der Umsatzsteuer im Interesse des Haushaltsausgleichs gedacht ist, und zwar besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Tributverhandlungen. Offenbar soll auf jeden Fall der Nachweis größtmöglicher Unabhängigkeit und Selbsthilfe erbracht werden. Wie andererseits die in den Leitlinien des Wirtschaftsbeirats genannte Notwendigkeit der Verbilligung der Weizen und der Herabsetzung der öffentlichen Tarife mit dem ebenso notwendigen Ausgleich der öffentlichen Haushalte bei gleichzeitiger Herabsetzung der Löhne und Gehälter in Einklang gebracht werden soll, ist eine Frage, die den Fachministerien noch großes Kopfzerbrechen bereiten dürfte.

Der Beamtenbund an den Kanzler

Berlin, 24. Nov. Der Deutsche Beamtenbund hat am Dienstag folgendes Telegramm an die Reichsregierung zu Händen des Reichskanzlers Dr. Brüning geschickt:

„Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes hat heute zu dem Ergebnis der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats Stellung genommen. Da kein Vertreter der organisierten Beamtenschaft in den Beratungen teilnahm, war sie bei ihrer Beurteilung auf den amtlichen Bericht angewiesen. Danach ist die Senkung der Löhne und Gehälter als unermesslich angesehen worden, während die für die Erhaltung des Reallohns notwendige Senkung der Lebenshaltungskosten auf den verschiedenen Gebieten zwar als richtig erkannt worden ist, jedoch ohne daß durchgreifende Maßnahmen vorgeschlagen werden. Diese Auffassung erlitt uns mit größter Sorge, weil die Stärkung der Kaufkraft durch erhebliche Preissteigerungen Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft und die Befestigung der Staatsfinanzen ist.“

Außerdem hat die Art, wie die mehrfachen Einkommensminderungen und Reichsminderungen in Reich, Ländern und Gemeinden vorgenommen wurden, die Beamtenschaft außerordentlich erregt. Aus alledem haben wir den dringenden Wunsch nach einer Aussprache mit dem Herrn Reichskanzler, die wir mit Rücksicht auf die bevorstehenden Entscheidungen der Reichsregierung für die nächsten Tage erwarten.“

Gegen einseitige Massenbelastung

Berlin, 24. Nov. Der Gesamtverband des freiwirtschaftlichen nationalen Gewerkschaftsbundes nahm den Bericht seines Vertreters im Wirtschaftsbeirat über den Verlauf der Verhandlungen entgegen und gab seiner Enttäuschung über das Ergebnis Ausdruck. Eine vom Gewerkschaftlichen Presseamt verbreitete einseitige Entschlebung besagt, die von der Reichsregierung formulierten Leitlinien zeigten, daß man nicht bis zu den Kernfragen der Krise vorgedrungen sei.

Solange immer nur einseitig an Lohn und Gehalt herangegangen wurde, müsse sich die katastrophale Schrumpfung des Inlandsmarktes fortsetzen.

Wenn der deutschen Wirtschaft nur der Weg einer allgemeinen Senkung aller Wertungskosten bliebe, dann sei eine Durchsührung voraussetzung, die mindestens die letzte Kaufkraft des Arbeitnehmereinkommens erhalte. Dieses Ziel könne die Reichsregierung erreichen, wenn sie den stärksten Druck auf alle anderen Selbstkostenfaktoren ausübe. Der Gewerkschaftsbund warne vor Erlass der Notverordnungen noch einmal eindringlich vor jeder Fortsetzung der für die ganze Wirtschaft verhängnisvollen Politik der einseitigen Massenbelastung.

Beratungen der Fraktionen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 24. Nov. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei legte heute ihre am Montag begonnenen Erörterungen, die den verschiedenen finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen gelten, fort. Die Besprechungen werden sich bis zum Sonnabend hinziehen. Ferner trat heute der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zusammen, um sich mit den geistigen Verhandlungen mit der Reichsregierung zu befassen. Die Haltung der sozialdemokratischen Unterfraktion wurde gebilligt, und es wurde beschlossen, daß die Fraktion zur Besprechung der politischen und wirtschaftlichen Lage am 1. Dezember zusammenzutreten soll. — Weiter hielt der geschäftsführende Vorstand der Wirtschaftspartei eine Sitzung ab, die der Erörterung der gegenwärtigen politischen Situation und daneben parteiorganisationsfragen gewidmet war. Zur Stellungnahme der Partei zu den politischen Gegenwartsfragen soll am Sonnabend dieser Woche eine gemeinsame Tagung des Gesamtverbandes der Partei mit der Reichstagsfraktion und der preussischen Landtagsfraktion stattfinden. Am kommenden Montag wird dann die Reichstagsfraktion selbst noch einmal zusammenzutreten. — Der Vorstand der Wirtschaftspartei nahm jedoch noch Kenntnis von der Mitteilung des preussischen Landtagsabgeordneten Labendorf, daß er sämtliche Parteimitglieder bis zur Klärung der im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Bank für Handel und Grundbesitz gegen ihn erhobene Vorwürfe niederlege und daß er selbst die Aufhebung seiner Immunität betreiben werde, um möglichst zöge eine gerichtliche Klärung zu erzielen.